

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/102

Danksagung und Widmung

Anklagen ist mein Amt und meine Sendung ... <i>Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)</i>

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Hamed Abdel-Samad, Fouad Adel, Stefan Allgaier, Jork Artelt, James Bacque, Egon Bahr, Bruno Bandulet, André Barmettler, Peter Bartels, Philip Baugut, Susanne Baumstark, Friedemann Bedürftig, Hans Joachim Berbig, Ludwig Biewer, Sonja van Biezen, Wolfgang Birkenfeld, Günter Böddeker, Erhard Bödecker, Wilfried Böhm, Johannes Bökmann, Paul Carell, Werner Conze, Stéphane Courtois, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Adolf Diestelkamp, Hans Dollinger, Klaus Dorst, Holger Douglas, Alfred Dregger, Hans Ebeling, Wolfgang Eggert, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Karl Dietrich Erdmann, Frank Fabian, Valentin Falin, Norman G. Finkelstein, Imran Firasat, Andrew Follett, Dirk Förger, Benjamin H. Freedman, Lothar Fritze, Lothar Gassmann, Mathias von Gersdorff, Martin Graf, Lothar Groppe, Alfred Grosser, Frank Grube, Raphael-Maria Grünwald, Johannes Hartmann, Daniel Hecker, Peter Heine, Eva Herman, Hans Heumann, Hermann Hitthaler, Walter Hoeres, Joachim Hoffmann, Martin Hohl-Wirz, Klaus Höpcke, Wolfgang Hug, Peter Hüttenberger, Hans-Jürgen Irmer, Bernhart Jähmig, Oliver Janich, Karl Jaspers, Barbara Johr, Marc Jongen, Anne-Dominique Kaufmann, Malte Kaufmann, Dimitrios Kisoudis, Max Klaar, Eberhard Kleina, Michael Klonovsky, Horst Koch, Erich Kosthorst, Maximilian Krah, Franz Kromka, Ekkehard Kuhn, Samuel R. Külling, Rolf Lasius, Rudolf Laun, Lisa Lehmann, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Herbert Ludwig, Klaus-Rüdiger Mai, Golo Mann, Helmut Matthies, Christa Meves, Wolfgang W. Mickel, Horst Möller, Hanns Möller-Witten, Martin Müller-Mertens, Giuseppe Nardi, Heinz Nawratil, Elisabeth Nussbaumer, Manfred Oertel, Abdel-Hakim Ourghi, Manfred Overesch, Geoffrey Parker, Hans Perner, Tino Perlick, Hermann Pfister, Daniell Pführinger, Karl Ploetz, Kurt Pritzkolet, Kurt Quadflieg, Peter Rassow, Hubert Recker, Gerhard Reichling, Andrea Ricci, Klaus Rainer Röhl, Friedrich Romig, Hans Rothfels, Werner Rügemer, Helke Sander, Thilo Sarrazin, Ulrich Schacht, Karl Albrecht Schachtschneider, Dorothea Schäfer, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Theodor Schieder, Ingrid Schlotterbeck, Heinz Dieter Schmid, Thomas Schmid,

Franz Schmidberger, Franz Scholz, Wolfram Schrems, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Hiltrud Schröter, Thorsten Schulte, Kurt Schumacher, Gabriele Schuster-Haslinger, Rolf Peter Sieferle, Hans-Werner Sinn, Klaus Sojka, Lena Sokoll, M. Spanehl, Nikolai Starikov, Erika Steinbach, Gabor Steingart, Alexandra Stiglmeier, Alfred Streim, Michael Stürmer, Robert H. Tenbrock, Karl Teppe, Inge M. Thürkauf, Wolfgang Trees, Eberhard Troeger, Jelena Tschudinowa, Johannes Tuchel, Udo Ulfkotte, Jan Werner, Jens Wernicke, Marie Wildermann, Rudolf Willeke, Gerhard Wisnewski, Robert Wistrich, Alfred Maurice de Zayas, Christian Zentner und Jean Ziegler.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

<p>Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen. <i>Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)</i></p>

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsweise die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die Geschichte der deutschen Verlierer wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die einseitige politische Geschichtsschreibung (x306/16-18): >>... Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" (Golo Mann) einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.

Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie (im negativen Sinne) mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann. ...

Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.

Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.

Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

Es ist unglaublich, wieviel Geist in der Welt aufgeboten wird, um Dummheiten zu beweisen.

Christian Friedrich Hebbel (1813-1863, deutscher Dichter)

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.

Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet dieses Buch auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

Diese Dokumentation beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen des Zeitraumes von 1946 bis 2017.

Die Dokumentation beginnt mit einer Zeittafel der wichtigen geschichtlichen Ereignisse. Danach folgen Erläuterungen der historischen Schlüsselereignisse und zusammengefaßte Schlußfolgerungen für den Zeitabschnitt von 1946 bis 2017 sowie Anmerkungen zu den düsteren Zukunftsperspektiven der Deutschen.

Zeittafel der wichtigen historischen Ereignisse von 1989 bis 2017

Es gehört mehr Mut dazu, seine Meinung zu ändern, als ihr treu zu bleiben!
Christian Friedrich Hebbel (1813-1863, deutscher Dichter)

23.05.1989

BRD: Richard von Weizsäcker wird am 23. Februar 1989 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

02.10.1989

DDR: In Leipzig wird am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

18.10.1989

DDR: Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) tritt zurück und wird am 18. Oktober 1989 durch Egon Krenz abgelöst.

04.11.1989

DDR: Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrieren am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820).

09.11.1989

DDR: Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündet am 9. November 1989 die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.

22.12.1989

Ost-Berlin: In Ostberlin wird am 22. Dezember 1989 das Brandenburger Tor geöffnet.
1989

BRD: Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

19.06.1990

Belgien: Frankreich, Deutschland und die Benelux-Länder unterzeichnen am 19. Juni 1990 das Durchführungsabkommen des Schengener Vertrages (Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen).

22.08.1990

DDR: Die DDR-Volkskammer beschließt am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (Termin: 3. Oktober 1990).

31.08.1990

DDR: Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichnen am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).

12.09.1990

UdSSR: In Moskau wird am 12. September 1990 das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

03.10.1990

BRD: Die Deutsche Demokratische Republik tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei.

02.12.1990

BRD: Die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition gewinnt am 2. Dezember 1990 die gesamtdeutsche Wahl.

Bei der vorgezogenen 12. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 43,8 %, SPD = 33,5 %, FDP = 11,0 %, Grüne (West) = 3,9 %, Bündnis 90/Grüne (Ost) = 1,2 %, PDS = 2,4 %, Sonstige = 4,2 %.<<

Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

17.01.1991

Irak: Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreien die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und greifen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").

Die siegreichen Truppen verzichten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.

Die USA wollen angeblich einen stabilen, demokratischen Irak begründen, destabilisieren danach jedoch in den folgenden Jahren fast den gesamten Nahen Osten durch militärische Angriffe oder versorgen regimfeindliche Gruppen mit Waffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak (1991 und 2003), in Libyen (2011) und Syrien (seit 2011) fördern letzten Endes die angestrebte Massennmigration" von Muslimen aus dem Nahen Osten und aus Afrika nach Europa.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Vorgeschichte des 2. "Golfkrieges" (x068/370-371): >>... Saddam Hussein hatte bereits eine Woche nach seiner Invasion in Kuwait am 2. August 1990 einen Rückzugsvorschlag gemacht. Doch Bush wollte nicht Rückzug, er wollte Krieg. Er erklärte ganz glatt: "Es wird keine Verhandlungen geben", und hat auch weiterhin alle ernst zu nehmenden Verhandlungsmöglichkeiten zwischen dem August 1990 und Mitte Januar systematisch sabotiert. Statt dessen setzte er ein gewaltiges Expeditionskorps, den wohl größten Truppenaufmarsch der USA seit dem Zweiten Weltkrieg in Bewegung, im Bunde dabei vor allem mit Großbritannien und Israel, und begann die "Operation Wüstensturm" mit flächendeckenden Bombardements, die einen Großteil der irakischen Industrie und Infrastruktur zerstörten, nicht zuletzt aber auch Saddams bäuerliche Truppen, Schiiten meist und Kurden, im Wüstensand begruben. Dagegen schonte man offensichtlich Saddams Eliteeinheiten, ihnen tat man, noch einmal mit Chomsky, "nicht viel, die ließ man sozusagen beiseite, weil sie später gebraucht würden, um die Volksaufstände niederzuschlagen."

Die USA führten den Krieg "traditionell" und bakteriologisch, wobei der bakteriologische Angriff anscheinend mehr Opfer forderte als die gesamte Militäraktion. Nach Schätzungen sollen 70.000 bis 90.000 Menschen gestorben sein, "nachdem alles vorbei war." Ja, man vermutet, daß diese Zahl noch steigen wird.

Man führte den Krieg nicht zuletzt mit einer totalen Zensur, einer zynischen Verharmlosung sondergleichen, einer ständigen Täuschung der Weltöffentlichkeit, mit frommen Phrasen auch. Und nachdem Präsident George Bush sein Versprechen eingelöst hatte, Saddam Hussein in den Arsch zu treten (to kick his ass), und über etwa 150.000 Leichen geschritten war, inszenierte man, spektakulär und dröhnend, mit Konfettiregen und Luftballons, weltweit übertragene "Siegesparaden" der "Helden".

Um so nötiger alles, als sich bei der größten Weltmacht aller Zeiten längst ein militärisches oder patriotisches Trauma eingenistet hatte. Denn trotz ihrer gigantischen Übermacht mißblangen ihr die meisten kriegerischen Aktionen der letzten Jahrzehnte: in Korea konnten sie nicht siegen, in Laos, in Vietnam und Kambodscha wurden sie geschlagen. So war es nicht von ungefähr, daß das Washingtoner "Institute for Foreign Policy Analysis" der US-Militärgeschichte der letzten Jahrzehnte "eine Geschichte dauerhafter professioneller Unfähigkeit" attestierte.

...<<

18.01.1991

BRD: Die CDU-Bundestagsabgeordnete Angela Merkel (seit 2005 Bundeskanzlerin der CDU-CSU/SPD-Regierung) wird am 18. Januar 1991 als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt.

25.02.1991

Ungarn: Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes beschließen am 25. Februar 1991 in Budapest die Auflösung des Militärbündnisses (Ende des sog. "Kalten Krieges").

20.06.1991

BRD: Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten (338 Stimmen für Berlin gegen 320 für Bonn) entscheidet sich am 20. Juni 1991 für den Regierungssitz Berlin (x283/237).

11.12.1991

Niederlande: In Maastricht schließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.

21.12.1991

UdSSR: Elf von 15 Sowjetrepubliken gründen am 21. Dezember 1991 in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösen damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

25.12.1991

UdSSR: Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow tritt am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.

1991

BRD: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet im Jahre 1991 über den ehemaligen sowjetischen Chefhetzer Ilja Ehrenburg (1891-1967) und bezeichnet ihn als "einen der aktivsten" und "markantesten Kriegspropagandanisten".

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Ilja Ehrenburg (x046/151): >>... Anlässlich seines 100. Geburtstages 1991 ließen es sich führende deutsche Tageszeitungen nicht nehmen, seiner ehrend zu gedenken, seine "sprudelnde Schreiblust" hervorzuheben, ihn als einen "Meister der Satire" als einen "Suchenden nach den Ursprüngen des Bösen" zu apostrophieren und seine "grandiosen Panoramabilder" zu bewundern.

Vergeblich sucht man nach nur einem Wort der Erklärung für die verbrecherische Wirksamkeit Ehrenburgs während der Kriegszeit, die doch gerade für unzählige deutsche Männer, Frauen und Kinder so entsetzliche Konsequenzen gehabt hatte. ...<<

12.11.1992

BRD: Andreas von Schoeler (von 1991 bis 1995 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main) berichtet am 12. November 1992 in der Frankfurter Rundschau (x354/54): >>... Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.<<

01.01.1993

Belgien: Am 1. Januar 1993 tritt in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten).

28.05.1993

BRD: Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärt am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

01.11.1993

Belgien: Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union tritt am 1. November 1993 in Kraft (Gründung der Europäischen Union bzw. EU).

31.03.1994

Belgien: Ungarn beantragt am 31. März 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

05.04.1994

Belgien: Polen beantragt am 5. April 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

16.10.1994

BRD: Bei der 13. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 16. Oktober 1994 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 41,5 %, SPD = 36,4 %, FDP = 6,9 %, Bündnis 90/Die Grünen = 7,3 %, PDS = 4,4 %, Sonstige = 3,5 %.<<

Bundeskanzler Kohl bildet später eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

1994

Österreich: Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnt im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

08.05.1995

BRD: Der britische Premierminister John Major erklärt am 8. Mai 1995 in Berlin (x283/232): >>... Vor 50 Jahren erlebte Europa das Ende des Dreißigjährigen Krieges von 1914 bis 1945.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über Majors Rede (x283/232): >>... So kann man das sehen, denn der 1914 ausgebrochene Konflikt wurde in den Jahren 1919 bis 1939 nur ausgesetzt, er schwelte unter der Decke weiter. Die 1945 zu beklagenden Verheerungen waren kaum geringer als 1648, aber größer war nach dem Ende des Mordens der Einfluß auswärtiger Mächte auf die innerdeutschen Angelegenheiten. Eine Neuordnung stand an.

Auf mehreren Konferenzen – Casablanca und Teheran 1943, Jalta und Potsdam 1945 – entwickelten die siegesbewußten Alliierten Konzepte für die Nachkriegszeit. Am gravierendsten war die von Stalin mit Churchill und Roosevelt vereinbarte Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und die Fixierung dieser neuen Grenze gegen Polen. 14 Millionen Deutsche aus Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen verloren ihre Heimat im Land ihrer Vorfahren. Das deutsche Staatsgebiet schrumpfte um ein Viertel gegenüber 1937.<<

22.06.1995

Belgien: Rumänien beantragt am 22. Juni 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

27.06.1995

Belgien: Die Slowakei beantragt am 27. Juni 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

Juni 1995

Großbritannien: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtet im Juni 1995 (x853/...): >>*Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):*

"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne

rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.

Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können".<<

September 1995

China: Im September 1995 wird während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es geht damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.

27.10.1995

Belgien: Lettland beantragt am 27. Oktober 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

28.11.1995

Belgien: Estland beantragt am 28. November 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

07.12.1995

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 1995: >>>**Sklaven-Nachfahren abgeblitzt**

... Die Klage mehrerer schwarzer US-Bürger auf Schadenersatz für die Zeit der Sklaverei ist gescheitert. Ein Berufungsgericht in San Francisco (Kalifornien) kam zu dem Ergebnis, daß es nicht Sache der Justiz, sondern des Washingtoner Kongresses sei, über mögliche Entschädigungen zu entscheiden. Die Sklaverei in den USA war 1865 abgeschafft worden.

Die Kläger hatten von der US-Regierung 100 Millionen Dollar Entschädigung für das von ihren Vorfahren erlittene Unrecht verlangt. Sie forderten außerdem eine öffentliche Entschuldigung.

Das dreiköpfige Richtergremium in San Francisco nannte in einer schriftlichen Erklärung Sklaverei unentschuldigbar. "Aber die gesetzgebende Institution ist der angemessene Ansprechpartner für die Beschwerden der Kläger", hieß es in der Begründung. ...

Bundesstaatsanwältin Mary Beth Uitti als Vertreterin der US-Regierung verurteilte die Sklavenhaltung als "böse, moralisch falsch und verabscheuungswürdig". Aber es liege nicht in der Hand der Justiz, über die Frage der Entschädigung zu entscheiden.<<

12.12.1995

Belgien: Litauen beantragt am 12. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

15.12.1995

Spanien: Der Europäische Rat bestätigt am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

16.12.1995

Belgien: Bulgarien beantragt am 16. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

19.01.1996

Belgien: Die tschechische Republik beantragt am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.

10.06.1996

Belgien: Slowenien beantragt am 10. Juni 1996 den Beitritt zur EU.

1996

BRD: Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärt im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>... Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<

03.11.1997

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. November 1997: >>**Rußland und Japan auf Weg zum Frieden**

... Die beiden Staaten wollen ihren formal noch bestehenden Kriegszustand beenden. ... Größtes Hindernis sind hierbei 4 Kurilen-Inseln. Sie waren am Ende des Zweiten Weltkrieges von der Sowjetarmee erobert worden, und Japan fordert die Inseln seither zurück.<<

31.03.1998

Belgien: Die EU eröffnet am 31. März 1998 in Brüssel die offiziellen Beitrittsverhandlungen mit Polen, Ungarn, Estland, der Tschechischen Republik, Slowenien und Zypern.

27.09.1998

BRD: Bei der 14. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 27. September 1998 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 35,2 %, SPD = 40,9 %, FDP = 6,2 %, Bündnis 90/Die Grünen = 6,7 %, PDS = 5,1 %, Sonstige = 5,9 %.<<

Nach 16 Jahren wird Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) durch Gerhard Schröder (SPD) abgelöst. Bundeskanzler Schröder bildet später eine Koalitionsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

September 1998

BRD: Der türkischstämmige Abgeordnete (Bündnis 90/Die Grünen) Cem Özdemir berichtet im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

1998

BRD: Im Jahre 1998 beträgt die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhalten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

13.01.1999

BRD: Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigt sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie soll danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wird ab 2000 verboten.

24.04.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. April 1999: >>"**Staatsmann des Jahrzehnts**"

Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ... Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...

Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<

22.05.1999

BRD: Der Schriftsteller Michael Kleeberg schreibt am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers (1998-2005 Bundesaußenminister) auf Lévy's Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.

Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich

zu verschwinden.

Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasteten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<

23.05.1999

BRD: Der SPD-Politiker Johannes Rau (1931-2006) wird am 23. Mai 1999 zum Bundespräsidenten gewählt.

08.01.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. Januar 2000 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler) (x887/...):

>>**Der Sumpf wird immer tiefer**

Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?

Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.

Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. ...

In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat. ...<<

14.03.2000

Vietnam: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. März 2000: >>**Eine Entschuldigung bringt Cohen nicht mit**

Erstmals seit dem Ende des Vietnam-Krieges vor 25 Jahren ist am Montag mit William Cohen ein US-Verteidigungsminister zu einem Besuch in dem asiatischen Land eingetroffen. Nach US-Angaben sprach Cohen in Hanoi mit seinem Kollegen General Pham Van Tra unter anderem über das Schicksal der noch etwa 2.000 in Vietnam vermißten US-Soldaten. Er kam später auch mit Ministerpräsident Phan Van Kai zusammen.

Cohen hat erklärt, die USA würden sich nicht für den Vietnam-Krieg entschuldigen. In dem 1975 beendeten Konflikt starben etwa 58.000 amerikanische Soldaten und schätzungsweise drei Millionen Vietnamesen. ...

Die USA und Vietnam hatten 1995 wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. 20 Jahre zuvor hatte die hochgerüstete US-Armee den Rückzug aus Vietnam angetreten, wo sie gegen die Guerilla-Kämpfer Ho Chi Minhs unterlegen war. Der Krieg, in dem die USA die Führung Südvietnams gegen den kommunistischen Norden unterstützten, war sowohl in den USA als auch im Ausland auf scharfe Proteste gestoßen. Cohen hatte dennoch bereits vor seiner Ankunft angekündigt, er werde keine Entschuldigung seines Landes für den Vietnamkrieg vorbringen. ...<<

14.04.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zu-

kunftscommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

13.05.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Mai 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>Fischer denkt an Europäische Föderation ...****

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...<<

21.06.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen****

Außenminister Joschka Fischer (Grüne) sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. ...

Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. ...<<

22.09.2000

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>Mündige Bürger als Risiko****

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. ...<<

2000

BRD: Im Jahre 2000 wird das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

27.01.2001

BRD: Der deutsche SPD-Politiker Wolfgang Thierse (von 1998-2005 Bundestagspräsident) erklärt in einer Rede am 27. Januar 2001 (x354/94): >>... Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist - die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, daß die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es für immer bleiben.<<

07.10.2001

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Oktober 2001 über die Umerziehung der Deutschen (x354/34): >>**Bayern bezahlt Amerika**

... In vielen Städten wurden Amerikahäuser errichtet oder eingerichtet, zu deren Zwecken die 'reeducation' des deutschen Volkes gehörte. Sie verlief so sanft, daß die meisten Leute sie nicht bemerkten und heutzutage der bayerische Innenminister Beckstein die 'Umerziehung' für eine Erfindung von Rechtsradikalen hält.<<

01.01.2002

Belgien: Das Euro-Bargeld wird am 1. Januar 2002 in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

06.01.2003

BRD: Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtet am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<

19.03.2003

Irak: Nordamerikanische und britische Truppen greifen in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 den Irak an.

03.08.2003

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 3. August 2003 über ein Interview mit dem deutschen Modedesigner Wolfgang Joop (x354/110): >>... Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf.

Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich, nur gesprayed, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.<<

21.02.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:

"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<

03.04.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. April 2004 (x887/...): >>Auf dem Weg zu einer "DDR light"?

Der im Oktober 2003 verstorbene Soziologe Erwin K. Scheuch hatte noch wenige Tage vor seinem Tod in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß "in der SPD den Linksextremen die Kultur 'zum Fraß vorgeworfen' wird, weil man damit hofft, Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gewinnen". Der "Antifaschismus" werde benutzt als "Ablenkungsmanöver für die Linken", damit man "wirtschaftlich und sozial 'rechte' Politik machen" könne. ...

Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...<<

01.05.2004

Belgien: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta treten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.

2004

BRD: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet im Jahre 2004 über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

10.01.2006

BRD: Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 10. Januar 2006 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>Gastprofessor an Elite-Uni

Fischers neues Leben

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessor an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.

In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik. ...<<

17.09.2007

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 17. September 2007: >>Integration "Der Islam hat ein Doppelgesicht"

Wegen ihrer kritischen Haltung zum Islam wurde Hiltrud Schröter immer wieder bedroht. Im Gespräch mit WELT ONLINE spricht die Autorin über Toleranz, Terrorismus und die Gefahr von Moscheen in Deutschland. Ihre Schlußfolgerung: Der Islam ist nicht mit der Demokratie vereinbar.

Die Autorin und Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter aus Frankfurt beschäftigt sich seit

gut 20 Jahren mit Islam und Migration. Die 66-Jährige gilt als eine strenge Kritikerin. Die Wissenschaftlerin erhielt wegen ihrer Arbeit bereits mehrere Drohungen und für ihre Studie "Ahmadiyya-Bewegung des Islam" eine Strafanzeige von dieser muslimischen Sekte. Das Strafverfahren wurde allerdings von der Staatsanwaltschaft eingestellt. ...

WELT ONLINE: In Ihrem neuen Buch beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz Allahs. Sie behaupten darin vehement, die Rechtsordnung des Islam sei generell nicht mit der Demokratie vereinbar. Warum?

Hiltrud Schröter: Unser Grundgesetz folgt dem Grundsatz der Gleichheit, also der Gleichberechtigung. Nach der Scharia dagegen muß Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Darauf fußt etwa die Diskriminierung der Frau im Islam. Eine Folge davon ist auch, daß Nicht-Muslime in islamischen Ländern weniger Rechte und andere Pflichten haben und Menschen zweiter Klasse sind. Religionsfreiheit gibt es nicht. Der Islam hat ein Doppelgesicht.

WELT ONLINE: Inwiefern?

Schröter: Der Islam ist ein totales und totalitäres System. Er ist nicht nur Religion, sondern auch Politik. Er ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch. Allah ist der oberste Gesetzgeber und seine Gesetze sind im Koran und damit in der Scharia enthalten. Und im Koran ruft Allah einerseits zu Toleranz und Frieden auf, andererseits verspricht er denjenigen, die mit Gewalt gegen die Ungläubigen kämpfen, das Paradies. Darauf stützt sich der islamische Terrorismus. ...

WELT ONLINE: Der Verein, der die Moschee in Hausen plant, spricht davon, einen deutschen Islam einführen zu wollen, der offen und liberal sei.

Schröter: Dann soll er sagen, welche Stellen er aus dem Koran streichen will. Das Problem ist nämlich, daß Muslime das Ziel haben - wenn sie denn dem Gebot Allahs folgen - sobald sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie täuschen also zunächst die Anpassung vor. Im Koran heißt das taqiya. Innenminister Bouffier nennt das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 "Legalitätstaktik".

WELT ONLINE: Wie soll man mit Muslimen umgehen? Welche Konsequenzen fordern Sie?

Schröter: Ich trenne ganz deutlich zwischen Menschen und dem Islam als System. Das zeigt besonders gut mein Buch "Mohammeds deutsche Töchter". Aber wenn ein Muslim hier islamische Gesetze einführen will, dann lehne ich das ab. Das wichtigste ist, aufzuklären, daß der Islam auch totalitär ist.

WELT ONLINE: Das heißt, Sie würden den Neubau von Moscheen verbieten lassen?

Schröter: Moscheen sind ja keine "Gebetshäuser" und "Kirchen", wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Großprojekte wie in Köln und Hausen lehne ich ab, weil sie Demonstrationen islamischer Macht sind, die die Weltherrschaft anstrebt.

WELT ONLINE: Warum sind Sie so rigoros mit Ihrem Urteil?

Schröter: Meine Generation hat diese Suppe hierzulande eingebracht. Ich kann die Folgen, die auf unsere Kinder und Enkelkinder zukommen, nicht verantworten: nämlich ein drittes totalitäres System nach Faschismus und Kommunismus und die Wiederkehr des Patriarchalismus.<<

13.12.2007

Portugal: Die 27 EU-Staaten unterzeichnen am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag soll die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.

01.12.2009

Belgien: Der Vertrag von Lissabon tritt am 1. Dezember 2009 in Kraft.

27.02.2010

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. Er habe in seinem politischen Leben "noch nie einen so katastrophalen Start einer Regierung in Deutschland erlebt". Schwarz-Gelb sei "die schwächste Regierung, die wir je hatten". "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

20.05.2010

BRD: Der deutsche CSU-Politiker Horst L. Seehofer (seit 2008 bayerischer Ministerpräsident) erklärt am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

07.12.2010

BRD: Altbundeskanzler Helmut Schmidt erklärt am 7. Dezember 2010 in einem Handelsblatt-Interview (x354/43): >>... Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.<<

2010

BRD: Der SPD-Politiker Günter Verheugen (1999-2010 EU-Kommissar) erklärt im Jahre 2010 in der ZDF-Talkshow "Maybrit Illner" (x353/77): >>... Wir sollten bitte nicht vergessen - dieses ganze Projekt "Europäische Einheit" ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.<<

11.03.2011

Japan: Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutet am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertrinken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignet sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden muß.

19.03.2011

Libyen: Am 19. März 2011 beginnt der Libyenkrieg (Kriegsende: 23. Oktober 2011). Während des Krieges führt die NATO etwa 10.000 Angriffsflüge durch, die etwa 70.000 Bombenopfer fordern.

22.04.2011

Syrien: In zahlreichen syrischen Städten ereignen sich am 22. April 2011 große Demonstrationen Präsident Assad. Während der gewaltsamen Auseinandersetzungen werden vermutlich über 70 Demonstranten getötet.

Mai 2011

BRD: Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtet im Mai 2011 über die EU (x869/...): >>Der Zahlmeister

Warum die EU schon vor dem Euro ein teurer Spaß war

... Im Prinzip handelt es sich bei der EU der aktuell 27 Mitglieder um eine Zweiklassengesell-

schaft: auf der einen Seite die Nettozahler, auf der anderen die Nettoempfänger. Es findet ein Wohlstandstransfer statt. Was die einen bekommen, fehlt den anderen. ...

Auf diese Weise mußten die Deutschen im Zeitraum 1976 bis 2008 insgesamt 170 Milliarden Euro (in D-Mark fast das Doppelte) für eine angeblich gute Sache opfern, die von den Politikern europäische Solidarität genannt wird. Da D-Mark und Euro im Laufe der Zeit arg inflationiert wurden, weil es sich um ungedeckte Papierwährungen handelte, ist der Betrag natürlich erheblich höher, wenn man ihn kaufkraftbereinigt. Professor Willeke unterstellt eine Inflationierung von 50 % und kommt so auf 255 Milliarden seit 1976 - in Preisen des Jahres 2010. ...<<

30.06.2011

BRD: Der deutsche Bundestag beschließt am 30. Juni 2011 den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

24.09.2011

BRD: Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtet am 24. September 2011: >>**Die wahre Schuldenlast**

Deutschlands große Lüge

Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000.000.000.000 (2.000 Milliarden) Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.

... Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.

Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen. ...

Doch selbst die gewaltige Summe von zwei Billionen Euro ist im Grunde nur die Spitze des Eisbergs. Die wahre Staatsverschuldung ist weit höher. Die amtlichen Statistiken erzählen nur einen Teil der Wahrheit.

Denn die deutschen Sozialkassen sind riesige Verpflichtungen eingegangen, die in der Zukunft zu hohen Ausgaben führen werden, ohne daß dafür Kapital angespart wurde. Auf mehr als 4,8 Billionen Euro oder 185 Prozent des BIP kalkuliert der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen des Staates, insbesondere der Sozialversicherungen. ...

Doch auch damit ist es nicht genug. Obendrauf kommen noch die zahlreichen Verpflichtungen, die wir zur Bekämpfung der Finanzkrise eingegangen sind und noch eingehen.

Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, beziffert das Risiko, das wir mit offenen und versteckten Hilfen für die wankenden Euro-Peripheriestaaten eingegangen sind, auf 379 Milliarden Euro. Gingen Euro-Staaten in Serie pleite, wäre das der Betrag, mit dem Deutschland zur Kasse gebeten würde – wenn bis dahin das Volumen des Rettungsschirms nicht weiter aufgestockt wurde. ...<<

16.10.2011

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 16. Oktober 2011: >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

von Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister)

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten **Bundeskanzler Willy Brandt** bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit **sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten.** Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden. ...<<

04.11.2011

BRD: Der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration") schreibt am 4. November 2011 in dem großen Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >>**Kolumne Geburtenschwund**

Super, Deutschland schafft sich ab!

In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.

Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!

Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.

Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben. ...

Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen ("totaler Krieg", "Vollkornbrot"); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet. ...

Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben ...

Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?

Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<

14.11.2011

BRD: Das Onlinemagazin "Telepolis" berichtet am 14. November 2011 über die Konferenzen der Bilderberger (x335/9): >>... Ein weiterer besorgniserregender Punkt ist die Teilnahme von Politikern, bevor sie in hohe Ämter gewählt werden. 1991 wurde Bill Clinton von seinem Freund Vernon E. Jordan jr. bei Bilderberg eingeführt. 1992 wurde er Präsident der USA. 1993 nahm Tony Blair an der Bilderberg-Konferenz teil. 1994 wurde er Spitzenkandidat von New Labour. Manche sagen, die Bilderberger würden Präsidenten und Regierungschefs "machen", andere meinen, die Leute aus dem Bilderberg-Kreis hätten eben die Kontakte und das

richtige Gespür für die "kommenden" Leute. Nicht zuletzt gibt es eine erstaunliche Kontinuität darin, daß alle NATO-Generalsekretäre der letzten 30 Jahre regelmäßige Bilderberg-Teilnehmer waren.<<

18.11.2011

USA: Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schreibt am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische Union nur durch eine Krise erreichen. ... Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. ...<<

08.12.2011

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

In diesen Zeiten der Schuldenkrise geschehen bemerkenswerte Dinge. Gemeint ist nicht das, was täglich in den Nachrichten rauf und runter läuft.

Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.**"

Deswegen sei der Versuch, in der europäischen Einigung, "eine neue Form von governance zu schaffen". In dieser neuen Form gebe es dann halt nicht eine politische Ebene, die für alles zuständig sei und, gestützt auf "völkerrechtliche Verträge, bestimmte Dinge auf andere überträgt". Nein, so stellt sich Schäuble die Zukunft Deutschlands und Europas nicht vor. ...<<

29.05.2012

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 29. Mai 2012 über den deut-

schen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen

Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.

Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.

Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents. ...

Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

10.04.2013

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 10. April 2013 (x892/...): >>Deutsche sind die ärmsten Europäer

Lange wurden diese Daten der Europäischen Zentralbank von der EU-Kommission zurückgehalten, vermutlich weil sie politisch unkorrekt sind und die Deutschen die Frage aufwerfen könnten, warum sie eigentlich den Südeuropäern helfen sollen, die viel reicher sind. Nach diesen Daten sind die Deutschen die ärmsten Europäer.

Der Pleitestaat Zypern ist bei den privaten Vermögen hingegen auf dem zweiten Platz, direkt hinter den reichsten Luxemburgern und noch vor Malta. Zugrunde gelegt wird dafür das sogenannte Median. Dies bedeutet, daß der Betrag so berechnet ist, daß eine Hälfte aller vorkommenden Werte höher, die andere Hälfte niedriger liegt. Diese Zahlen sind aussagekräftiger als Durchschnittsvermögen.

Beim Durchschnittsvermögen wird das gesamte Vermögen eines Volkes durch die Anzahl der Einwohner geteilt. Auch hier ist übrigens Deutschland eher im unteren Drittel. Beim Bruttojahreseinkommen auf der Grundlage des Medianwertes liegt Deutschland fast gleichauf mit Zypern.

Beim Nettovermögen der Haushalte liegt in der EU liegt Deutschland auf dem letzten Platz und zwar so gar mit deutlichem Abstand vor dem zweitletzten, nämlich der Slowakei. Das Durchschnittsmedianvermögen in den EU-Staaten beträgt 109.000 Euro, in Deutschland liegt dieser Wert bei 51.000, bei der Slowakei bei 61.000 Euro und in Zypern bei 267.000 Euro.

Auch in anderen Bereichen, die untersucht wurden, wie dem Wohneigentum, liegt Deutschland weit hinter anderen Staaten. So gibt es in keinem anderen EU-Land weniger Hausbesitzer als in Deutschland. ...<<

Juni 2013

BRD: Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?

... Die Deutschen ärmer als andere EU-Bürger

Eine von der Europäischen Zentralbank in Auftrag gegebene und im April 2013 veröffentlichte Untersuchung zeigt zudem, daß die Deutschen im Schnitt ärmer sind als die meisten ande-

ren EU-Bürger. Das gilt sogar für die Krisenstaaten: Spanien, Italien, Griechenland, auch Zypern. ...

Warum sollten die Deutschen neue, schwere finanzielle Lasten zur EURO-Rettung schultern, bevor nicht die anderen, reicheren EU-Bürger in den Krisenstaaten ihren Beitrag geleistet haben? ...<<

04.08.2013

BRD: Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtet am 4. August 2013 über den deutschen Politiker Gregor Gysi (1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter, DIE LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, PRISM, Tempora, X-Keyscore, das sind kryptische Kürzel, die vor kurzem niemand kannte. Jetzt stehen sie in den Schlagzeilen. Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht, weil man ja jeden Tag was Neues erfährt, und das ist dann immer so, daß das so ein Zyklus ist, bei dem plötzlich die Faktenlage sich verändert, verschiebt. Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

20.08.2013

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 20. August 2013 (x892/...): >>"Euro-Umverteilung zu Lasten der Rentner und Sparer

Das Bundesfinanzministerium und Herr Schäuble sind glücklich. Von 2010 bis 2014 muß es 41 Milliarden Euro weniger an Zinsen zahlen. Dieses Geld wird durch die Niedrigzinspolitik bei höherer Inflation den Rentnern, den Sparern und vielen anderen Bürgern durch den Staat und seine Eurorettung geklaut. Man kann den Staat aber nicht wegen dieses Diebstahls verklagen.

Die Rendite für Sparer, die ihr Geld zur Alterssicherung in Lebensversicherungen oder anderen Anlagen zurücklegen, beträgt null. Die Inflation, obgleich bisher noch moderat, frißt gleichzeitig erhebliche Teile des Vermögens der Bürger auf. Was übrig bleibt, wird vom Staat durch immer höhere Steuern dem Bürger geklaut. Sozialisten und Kommunisten aller Schattierungen planen schon weitere Steuererhöhungen. ...<<

25.05.2014

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler): >>... Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. ...<<

17.10.2014

USA: Die "New York Times" berichtet am 17. Oktober 2014 über das "US-Imperium" (x342/10): >>... "So funktioniert die Welt nicht mehr", fuhr (der hochrangige Berater George W. Bushs) fort. "Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir einschreiten, erschaffen wir unse-

re eigene Realität. Und während Sie diese Realität noch analysieren - so umsichtig wie Sie wollen - schreiten wir wieder ein, schaffen andere, neue Realitäten. Die können Sie auch analysieren, und so werden die Dinge laufen.

Wir sind die Akteure der Geschichte ... und Sie, Ihr alle, könnt einfach nur analysieren, was wir tun".<<

24.05.2015

BRD: Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärt in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>... Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

13.07.2015

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Juli 2015 über eine Rede des deutschen CDU-Politikers Wolfgang Schäuble vom 18.11.2011 in Frankfurt: >>Ein Staat im Wachkoma

... Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

21.07.2015

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 21. Juli 2015 (x892/...): >>"Linkssprechung" setzt sich weiter durch

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Eltern die ihre Kinder, wie im Grundgesetz vorgesehen, selbst erziehen wollen, dürfen dafür vom Staat keine finanzielle Unterstützung bekommen. Diese Unterstützung steht nur Eltern zu, die ihre Kinder der staatlichen Zwangserziehung in KITAS und sonstigen Einrichtungen überlassen.

Das Bundesverfassungsgericht hat heute Vormittag zur großen Freude der vereinigten Linken das Betreuungsgeld als verfassungswidrig gekippt. Zur Begründung führte das Gericht das lächerliche Argument, ein solches Gesetz sei nicht in der Kompetenz des Bundes. Gleichzeitig ist der massive, mit gewaltigen Milliarden betriebene Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung in KITAS aber durchaus Aufgabe des Bundes. ...<<

06.09.2015

BRD: Die Tageszeitung "Westfälische Nachrichten" berichtet am 6. September 2015: >>Flüchtlinge - Deutschland öffnet seine Grenzen

Dank einer Ausnahmeregelung sind am Wochenende weit mehr als 10.000 Menschen aus Ungarn über Österreich nach Deutschland gekommen – bis zum späten Sonntagabend wurden insgesamt mehr als 20.000 erwartet.

Sie saßen zuvor zum Teil tagelang in Ungarn fest. Bei ihrer Ankunft in Deutschland waren viele entkräftet. Hunderte Menschen – etwa am Hauptbahnhof in München – empfangen die Flüchtlinge mit Applaus.

Zuvor hatte sich die Lage in Ungarn weiter zugespitzt. Am Budapester Ostbahnhof hatten Tausende tagelang kampiert. Viele von ihnen machten sich zu Fuß in Richtung österreichische Grenze auf. Angesichts der dramatischen Situation vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann in Absprache mit der ungarischen Regierung eine Ausnahmeregelung. Demnach durften die Flüchtlinge ohne bürokrati-

sche Hürden und Kontrollen einreisen. Wien verwies auf eine "Notlage" an der ungarischen Grenze. ...<<

09.10.2015

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Oktober 2015: >>Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist. Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben. ...<<

16.10.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 16. Oktober 2015: >>Kosten von bis zu 30 Milliarden Euro, jedes Jahr

Deutschlands Top-Volkswirte warnen: Die Republik wird sich bei der Flüchtlingskrise übernehmen. Ökonom Fuest rechnet mit Milliarden-Kosten. Dadurch könnten die Steuern um sechs Prozent steigen.

Die Flüchtlingskrise hat das Land fest im Griff. Die Sorgen in der Bevölkerung und in der Politik sind groß: Schaffen wir das? Können wir so viele Flüchtlinge aufnehmen? Können wir die Hilfesuchenden in den Arbeitsmarkt integrieren? Und wie teuer wird das alles? ...<<

01.11.2015

BRD: Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. November 2015: >>Europa in der Flüchtlingskrise: Merkel destabilisiert Deutschland und Europa

Angela Merkels Flüchtlingspolitik bedeutet den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik. Mit ihrem Vorgehen nimmt die Bundeskanzlerin das Ende des Westens vorweg.

"Es liegt nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen." In diesem lapidar klingenden Satz der Bundeskanzlerin stecken eine verblüffende Kapitulation und zugleich ein kühner Aufbruch. Er enthält den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik - die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Staatsvolk. In seiner Totalität bedeutet er, daß das Deutschland, das wir kennen, vergehen wird. Und zugleich erkennt er an, was sozial bewegte Christen und linke Internationalisten schon lange voraussagen: daß sich der Widerspruch zwischen einem kleinen Teil der Welt, der friedlich und wohlhabend ist, und einem großen Teil, in dem Armut und Gewalt herrschen, nicht ewig wird aushalten lassen.

Die Frau, die immer auf Sicht gefahren ist, scheint plötzlich den ganz weiten Horizont in den Blick zu nehmen. Ihrer Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik liegt ein Geschichts-determinismus zugrunde, der von einem unaufhaltsamen Epochenwechsel ausgeht und diesen beschleunigt, wenn nicht vorwegnimmt. ...<<

03.11.2015

BRD: Die "Deutschen Wirtschafts Nachrichten (DWN) berichten am 3. November 2015: >>Merkel total überfordert: Kanzlerin stürzt Deutschland ins Chaos

Angela Merkel schickt immer gespenstischere Botschaften in die Welt: Deutschland müsse

seine Grenzen offen halten, um einen Krieg in Europa zu verhindern. Damit schürt sie Panik und Angst. Die Idee, die Flüchtlinge in kollektive Abschiebe-Lager zu pferchen, ist Wahnsinn. ...

Die katastrophale Situation hat ihren Ursprung in der unverantwortlichen "Einladung" Merkels an alle Flüchtlinge und Einwanderungswilligen. Sie hat diesen Menschen ein millionenfach über das Internet verbreitetes Versprechen gegeben – das sie natürlich nicht halten kann.

...<<

11.11.2015

BRD: Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>... Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<

30.12.2015

BRD: Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost " berichtet am 30. Dezember 2015: >>**1,1 Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**

Trotz des Winters machen sich in der Türkei weiter Flüchtlinge auf den Weg in die EU. Im Jahr 2015 waren es etwa 1,1 Millionen.

München/Athen. In Deutschland sind in diesem Jahr nach Angaben der bayerischen Staatsregierung fast 1,1 Millionen Flüchtlinge angekommen. ...<<

16.04.2016

BRD: Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtet am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis ...**

"Moscheen sind unsere Kasernen"

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."

Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

14.05.2016

Belgien: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 14. Mai 2016 (x892/...): >>**"Monokulturelle Staaten ausradieren!"**

Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", Frans Timmermans, hat die Katze aus dem Sack gelassen. Während einer Rede während des "Grundrechte-Kolloquiums der EU" (EU Fundamental Rights Colloquium) hat er die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszura-dieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen. Damit werden die Absichten der gesteuerten Masseneinwanderung nach Europa offengelegt. Im Hintergrund steht eine UN-EntschlieÙung, die dasselbe Ziel weltweit verfolgt. ...

Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben."

Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine Vorstellungen so deutlich ausspricht.<<

11.06.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Juni 2016 über den deutschen SPD-Politiker Willy Brandt (1913-1992): >>USA unterstützten Brandt mit Geld

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef, ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten. ...<<

05.08.2016

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 5. August 2016 (x892/...): >>Zerstörung der Identitäten

Es ist das ausdrückliche Ziel der politischen Kaste in Deutschland in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen die persönliche und soziale Identität der Menschen zu zerstören. Der Angriff auf die persönliche Identität wird weltweit mit Hilfe der radikalen und undemokratischen Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie verfolgt. Die Zerstörung der sozialen Identität geschieht durch die "Ausradierung monokultureller Staaten", wie dies wörtlich der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans gesagt hat. Hier einige weitere Zitate, die alle das gleiche Ziel zum Ausdruck bringen:

Nicolas Sarkozy (Nicolas Paul Stéphane Sarközy de Nagy-Bocsa):

"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung! Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung. Es ist zwingend. Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen. Deshalb müssen wir uns wandeln, und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern. Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien und wir werden uns diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!" (Sarkozy am 17. Dezember 2008 in Palaiseau zu führenden EU-Politikern als Vorsitzender des Europäischen Rates.) ...

Frans Timmermans im EU-Parlament: Monokulturelle Staaten ausradieren.<<

30.08.2016

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 30. August 2016: >>Afrikas Bevölkerung wird sich bis 2050 verdoppeln

Die Bevölkerungszahl Afrikas wird sich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln. Derzeit leben rund 1,1 Milliarden Menschen auf dem Kontinent. In 34 Jahren sollen es dann rund 2,5 Milliarden sein, berichtet das amerikanische "Population Reference Bureau" (PRB).

Im gleichen Zeitraum soll die Einwohnerzahl Europas um zwölf Millionen auf 728 Millionen zurückgehen. ...

Hohe Geburtenzahlen in der Subsahara

Weltweit halte der Trend zu steigenden Bevölkerungszahlen jedoch an. "Obwohl die Geburtenraten auf der ganzen Welt zurückgehen, bleibt davon auszugehen, daß uns das Bevölkerungswachstum weiterhin auf die zehn Milliarden zutreibt", betonte Jordan mit Blick auf die derzeit etwa 7,4 Milliarden Erdbewohner.

Vor allem in den Staaten der Subsahara wird die Einwohnerzahl wegen der hohen Fertilitätsraten steigen. ...

Die Bevölkerung Deutschlands soll bis 2050 von 82 auf 81 Millionen sinken.<<

30.09.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 2016: >>Sarkozy beleidigt politische Freunde

Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...

Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank." ...<<

31.10.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Oktober 2016: >>Niedrigzinsen kosten Bürger Milliarden

Deutschlands Sparer gehen durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank alljährlich mehrere Milliarden Euro verloren. Die jährlichen Zinsgutschriften auf Spareinlagen sind von 2009 bis 2015 auf ein Drittel ihrer früheren Höhe geschrumpft - von 13,8 auf 4,4 Milliarden Euro, wie aus den in den Monatsberichten der Bundesbank veröffentlichten Zahlen hervorgeht.

Die großen Gewinner hingegen sind Bund und Länder: Die Ausgaben für die Schuldzinsen sind stark geschrumpft - allein der Bund zahlte 2015 fast 15 Milliarden Euro weniger als 2009 ...<<

15.12.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Dezember 2016: >>4,7 Millionen Muslime

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime hat sich von 2011 bis 2015 um rund 1,2 Millionen erhöht. ...<<

02.08.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. August 2017: >>Milliardengeschäft Asylindustrie

Die Asyl-Masseneinwanderung ist ein Milliardengeschäft. Für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Asyl-Immigranten sind allein im Bundeshaushalt 21,6 Milliarden Euro für 2016 und 21,3 Milliarden im laufenden Jahr veranschlagt. Die Länder planen mit zusammengekommen 19,8 Milliarden Euro für 2016 und 15,6 Milliarden für 2017.

Abzüglich der Ausgleichszahlungen des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen ergibt sich die stolze Summe von 62,2 Milliarden Euro für zwei Jahre.

Die kumulierten Kosten werden für das nächste Jahrzehnt von einigen Wirtschaftsinstituten auf bis zu 55 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

Die tatsächlichen Asylkosten liegen noch höher. Die Ausgaben der Kommunen werden von den Ländern nicht vollständig übernommen. Rund 700.000 Asyl-Immigranten sind nach Abschluß ihrer Verfahren bereits im Hartz-IV-System gelandet; Hunderttausende werden noch folgen. Der Familiennachzug wird die Zahl der Transferempfänger zusätzlich hochtreiben. Folgekosten wie höherer Aufwand für Polizei, Justiz, Infrastruktur, Wohnungsbau und Verwaltung sind in der Rechnung noch gar nicht enthalten.

Die direkten Zahlungen an Asylbewerber sind nur ein kleiner Teil dieser Ausgaben. Der Löwenanteil geht an ein Netzwerk von Asylprofiteuren: Unterkunftsbetreiber, Sozialdienste, Betreuer, Caterer, Sicherheitspersonal, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Bauunternehmen, Handwerker, Lieferanten von Material und Einrichtung usw.

Das Geld, das den Bürgern dafür entzogen wird, fehlt an anderer Stelle. ...<<

30.08.2017

BRD: Die Zeitschrift "Stern" berichtet am 30. August 2017: >>Bundesanwaltschaft weist 1.000 Strafanzeigen gegen Merkel wegen "Hochverrats" ab

Seit dem Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 sind bei der Bundesanwaltschaft mehr als 1.000 Strafanzeigen wegen "Hochverrats" gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingegangen. Daran sollen AfD-Anhänger maßgeblich beteiligt sein.

Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind nach einem Zeitungsbericht seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 mehr als 1.000 Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen Hochverrats eingegangen. "Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", sagte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen". ...<<

16.11.2017

BRD: Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 16. November 2017: >>"Das ist unfaßbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern

Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. ...

Strukturelle Mängel an der Spitze?

"Das ist unfaßbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.

"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt." ...<<

07.12.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 7. Dezember 2017 über den deutschen SPD-Politiker Martin Schulz: >>SPD-Parteitag stimmt für Gespräche mit der Union

... In seiner Parteitagsrede forderte Schulz die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025. "Ich will, daß es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft", sagte der frühere Präsident des Europaparlaments. ...

Kritik an Schulz` Thesen zur Europapolitik kam aus der CSU. "Man muß jemanden, der die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025 fordert, der damit die Auflösung der Nationalstaaten in den kommenden sieben Jahren will und der alle, die sich diesem Diktat nicht beugen wollen, aus der EU rausschmeißen will, wohl als einen Europaradikalen bezeichnen", sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt laut einem Bericht der *Welt*.<<

16.12.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 16. Dezember 2017: >>Zum Schaden Deutschlands

von Bruno Bandulet

... Jean-Claude Juncker ... möchte den mit 700 Milliarden ausgestatteten Euro-Rettungsschirm ESM in einen "Europäischen Währungsfonds" umwandeln. Auch der könnte nicht mehr tun, als im Krisenfall Kredite zu vergeben. Nur würden dann nicht mehr die nationalen Regierungen federführend sein, sondern die EU-Kommission könnte vorschlagen, wer wieviel Geld bekommt. Ein kräftiger Machtzuwachs für Brüssel, der praktisch keine Aussicht auf Verwirklichung hat, weil alle Regierungen und Parlamente zustimmen müßten.

Macron reklamiert Führungsrolle für Frankreich in der EU

Das Problem besteht nicht darin, daß Macron eine europäische Strategie hat, sondern darin, daß Berlin keine hat. Er versucht, die Deutschen vor sich herzutreiben, und dabei käme ihm nichts mehr gelegen als eine Große Koalition unter Merkel. Apropos SPD: Erst im vergangenen März erwärmte sich auch Sigmar Gabriel dafür, den deutschen Steuerzahler zur Ader zu

lassen ("Wir sollten mehr für Europa zahlen") und verstieg sich zu der nebulösen Behauptung: "Jeder Euro, den wir also für den EU-Haushalt zur Verfügung stellen, kommt - direkt oder indirekt - mehrfach zu uns zurück." Wenn das so wäre, könnte Deutschland den aus der EU gezogenen Nutzen mühelos multiplizieren, wenn nicht wie 2016 netto 13 Milliarden Euro an Brüssel abgeführt werden, sondern ein Mehrfaches davon.

Im übrigen wird Macron in Deutschland mißverstanden. Er ist keineswegs der Meinung, daß Frankreich zum höheren Nutzen Europas französische Souveränität und französische Interessen opfern müsse. In einem immer noch lesenswerten Interview mit dem Spiegel vom 14. Oktober reklamierte Macron für Frankreich die Führungsrolle in der EU, verbunden mit dem dezenten Hinweis, daß Frankreich als Atommacht und als ständiges Mitglied im Unosicherheitsrat eine "besondere Stellung" innehabe.

Beides mit den Deutschen oder den anderen Europäern zu teilen, käme ihm nicht in den Sinn. Europäer zu sein, so Macron, bedeute ja nicht, seine Unabhängigkeit und seine eigene Diplomatie aufzugeben. Und dann ließ er die Katze aus dem Sack: "Deutschland will keine Finanztransfers. Dieses alte Denken aber müssen wir hinter uns lassen." Man tut Macron nicht unrecht, wenn man ihm unterstellt, er wolle Deutschlands Finanzkraft anzapfen. ...<<